



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 31.10.2025

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 3. November 2025

Fokusthema: **Bildung und Wohnen**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach dem Eintritt eines neuen Ratsmitglieds und der Wahl zweier neuer Kommissionsmitglieder einen unumstrittenen Nachtragskredit bewilligen, bevor sich der Rat erneut mit einer Volksinitiative zum Thema Wohnen befassen wird. Anschliessend stehen die Bewilligung einer Fristerstreckung, eine Änderung des Fachhochschulgesetzes, die Behandlung einer EI und die Abschreibung eines dringlichen Postulats auf der Traktandenliste. Sollte der Rat danach noch dazu kommen, wird er sich mit Vorstössen beschäftigen, welche die Bildungsdirektion betreffen.

Nachtragskredit im Amt für Informatik soll bewilligt werden

Rasch behandelt werden dürfte am Montagmorgen ein Nachtragskredit von 5,094 Millionen Franken im Amt für Informatik (AFI). Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Kredit zu bewilligen ([6048](#)). Dieser wird nötig, weil im Zusammenhang mit der zusätzlichen gebundenen Ausgabe und Vergabeerhöhungen im Projekt «Plattformen und Rechenzentren sowie Plattformbetrieb, Applikationsbetrieb und Applikationsmanagement» der Budgetkredit 2025 nicht eingehalten werden kann.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 200 22 21

Knappe Mehrheit für die «Starthilfe-Initiative» in der vorberatenden Kommission

Nachdem der Kantonsrat am vergangenen Montag drei der derzeit fünf hängigen Volksinitiativen zu Wohnungsthemen behandelt hat, wird er am Montag über die Volksinitiative «Starthilfe für Junge und Familien (Starthilfe-Initiative)» des Hauseigentümergebundes Kanton Zürich (HEV) befinden. Mit dieser wird gefordert, dass der Kanton Menschen, die jünger als 50 sind und über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, den Ersterwerb von Wohneigentum erleichtert. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt mit Stichentscheid, die Initiative anzunehmen und ihr einen Gegenvorschlag entgegenzustellen ([5995](#)). Eine Minderheit der Kommission lehnt beides ab.

WAK-Präsident: Marcel Suter (SVP, Thalwil), 079 640 10 28

Minderheit: Birgit Tognella-Geertsens (SP, Zürich), 079 233 25 67

Frist für Motion zum Berufsbildungsgesetz soll verlängert werden

Der Regierungsrat wünscht sich mehr Zeit, um das Vernehmlassungsverfahren auszuwerten, das er zur Motion der Grünen betreffend «Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen» durchgeführt hat. Deshalb hat er für die Unterbreitung der Vorlage an den Rat eine Fristerstreckung beantragt. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt mit 7 zu 3 Stimmen, die Fristerstreckung zu genehmigen ([KR-Nr. 276/2021](#)). Eine Kommissionsminderheit (SVP) lehnt dies ab, damit das Geschäft schneller behandelt wird. Mit der Motion wurde der Regierungsrat aufgefordert, das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung so zu ändern, dass Lernende ohne Lehrvertrag bei der Wiederholung einer nichtbestanden Lehrabschlussprüfung weiterhin kostenlos den Berufsfachschulunterricht besuchen können.

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

Minderheit: René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Rechtsgrundlage für eine Eigentümerstrategie der Fachhochschulen schaffen

Mit 12 zu 3 Stimmen beantragt die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) dem Kantonsrat eine Eigentümerstrategie (ES) im Fachhochschulgesetz zu verankern ([6007](#)). Die Vorlage geht auf eine Motion von FDP, SVP und Grünen zurück, mit der genau das verlangt wurde, nachdem die Regierung mit Berufung auf die Wissenschaftsfreiheit und die Autonomie der Hochschulen erklärt hatte, darauf verzichten zu wollen. Es ist schliesslich gelungen, eine ES vorzulegen, welche diese beiden zentralen Anliegen berücksichtigt. Die Regierung arbeitete den Gesetzesentwurf in engster Anlehnung an die vom Kantonsrat verabschiedete Rechtsgrundlage für eine ES der Universität Zürich aus (5867). Die Mehrheit der Kommission beantragt deshalb, der unveränderten Vorlage zuzustimmen. Die Minderheit (SP) lehnt die Vorlage ab und stellt einen Antrag auf Nichteintreten, da sie davon ausgeht, dass ihr Rückweisungsantrag, der eine konkrete Nennung der Reputationsrisiken und klare Regelungen für die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen im Gesetz fordert, im Rat keine Mehrheit finden wird.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Minderheit: Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil), 079 511 86 56

Kanton schöpft Möglichkeiten beim Inkasso der Alimentenbevorschussung aus

Rasch behandelt werden dürfte die Einzelinitiative (EI) «Erhöhung Rückzahlungsquote Alimentenbevorschussung». Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, diese abzulehnen ([KR-Nr. 29/2024](#)). Mit der EI forderte eine Person aus Bülach angesichts der hohen finanziellen Belastung der Gemeinden Massnahmen des Kantons zur Erhöhung der Rückzahlungsquote bei der Alimentenbevorschussung. Es zeigte sich jedoch, dass sich die Rückzahlungsquote bei den bevorschussten Alimenten entgegen den Annahmen der Initiative in den letzten Jahren nie höher als bei durchschnittlich 35 Prozent bewegte.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Projekt «Med500+» soll 270 zusätzliche Studienplätze bringen

Eine Kurzdebatte wird der Kantonsrat zur Abschreibung des dringlichen Postulats betreffend «Schaffung 500 Studienplätze für Humanmedizinerinnen und Humanmediziner bis 2028» führen. Ein Postulat als erledigt abzuschreiben, bildet den finalen Akt auf der Reise dieser Vorstossart. Der Kantonsrat nimmt damit den mit dem Postulat vom Regierungsrat geforderten Bericht zur Kenntnis. Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat denn auch einstimmig, den Vorstoss als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 332/2024](#)). Mit dem dringlichen Postulat verlangten Mitte, FDP, GLP, SP und SVP, die Anzahl Studienplätze in der Humanmedizin bis 2028 um 500 Plätze zu erhöhen und im Bericht die nötigen Anpassungen im Stundenplan aufzuzeigen. Das von der Universität Zürich (UZH) aufgleiste Projekt «Med500+» soll ab dem Herbstsemester 2030 270 zusätzliche Studienplätze in der Humanmedizin bringen. Damit gehe die UZH an die Grenzen dessen, was unter qualitativem, organisatorischem und finanziellem Aspekt vertretbar sei. Das anzupassende Curriculum soll eine exzellente Ausbildung auch bei hohen Studierendenzahlen sichern, und der Klinikbezug soll früher erfolgen als bisher. Die KBIK begrüsst das Projekt.

KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61

Vorstösse zu Share-Economy und schulergänzende Betreuung

Sollte der Kantonsrat vor Sitzungsende noch dazu kommen, wird er sich mit Vorstössen auseinandersetzen, welche die Bildungsdirektion betreffen. Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, will den Regierungsrat mit einem Postulat bitten, aufzuzeigen, wie er ein Share-Economy-System im Kanton Zürich unterstützen kann, um seine Kreislaufziele zu erreichen ([KR-Nr. 83/2025](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion beantragt hat, wird der Kantonsrat nach einer Debatte über die Überweisung des Postulates entscheiden müssen. Zur Ablehnung beantragt der Regierungsrat indes eine Motion der zurückgetretenen SP-Kantonsrätin Qëndresa Sadriu betreffend «Qualität der schulergänzenden

Betreuung sicherstellen» ([KR-Nr. 102/2025](#)). Diese will zusammen mit ihren Mitunterzeichnenden den Regierungsrat auffordern, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erlassen, damit im Kanton Zürich bei der Anstellung von Betreuungspersonen in Tagesstrukturen einheitliche Qualifikationsbedingungen gelten.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Schulergänzende Betreuung: Christoph Fischbach (SP, Kloten), 079 400 07 23

Personelles:

Zu Beginn der Sitzung steht der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolgerin von Qëndresa Sadriu wird die 40-jährige leitende Schulärztin Lejla Salihu (SP, Winkel) ihr Amtsgelübde leisten (KR-Nr. 201/2025). Anschliessend werden zwei neue Kommissionsmitglieder gewählt. Die Interfraktionelle Konferenz (IFK) schlägt Claudia Bodmer (Die Mitte, Maur) als Nachfolgerin von Tina Deplazes in der STGK ([KR-Nr. 303/2025](#)) und Lejla Salihu als Nachfolgerin von Qëndresa Sadriu in der KBIK ([KR-Nr. 304/2025](#)) vor. Die Wahlvorschläge sind unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Beat Habegger, Kantonsratspräsident, 076 383 82 35

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12